

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 8. Februar 1984

am Donnerstag, dem 9. Februar 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	30, 31	Löffler (SPD)	16, 17
Bamberg (SPD)	32, 33	Lowack (CDU/CSU)	75
Becker (Nienberge) (SPD)	76, 77	Lutz (SPD)	24, 25
Bernrath (SPD)	60	Meininghaus (SPD)	73, 74
Bindig (SPD)	36	Dr. Mertens (Bottrop) (SPD)	14, 15
Dr. Bugl (CDU/CSU)	18, 19	Müller (Düsseldorf) (SPD)	2, 9
Catenhusen (SPD)	1, 48	Peter (Kassel) (SPD)	70, 71
Clemens (CDU/CSU)	61, 62	Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	5, 72
Dr. Czaja (CDU/CSU)	57, 92	Reimann (SPD)	95, 96
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	66, 67	Dr. Riedl (München) (CDU/CSU)	37, 38
Drabiniok (DIE GRÜNEN)	22, 23	Sauermilch (DIE GRÜNEN)	45
Duve (SPD)	58, 59	Dr. Schmude (SPD)	8, 97
Dr. Ehmke (Ettlingen) (DIE GRÜNEN)	46, 47	von Schmude (CDU/CSU)	78, 79
Dr. Enders (SPD)	99, 100	Dr. Schöfberger (SPD)	41, 42
Fiebig (SPD)	103, 104	Frau Schoppe (DIE GRÜNEN)	10, 98
Gansel (SPD)	87, 88	Schreiner (SPD)	7
Ganz (St. Wendel) (CDU/CSU)	12, 13	Seehofer (CDU/CSU)	50, 51
Gerstl (Passau) (SPD)	26, 27	Frau Simonis (SPD)	55, 89
Gilges (SPD)	68, 69	Dr. Sperling (SPD)	43, 44
Dr. Göhner (CDU/CSU)	20, 80	Graf Stauffenberg (CDU/CSU)	52, 53
Hiller (Lübeck) (SPD)	54	Dr. Steger (SPD)	65, 94
Hinsken (CDU/CSU)	109, 110	Frau Steinhauer (SPD)	107, 108
Dr. Hirsch (FDP)	39, 40	Stiegler (SPD)	63, 64
Dr. Hoffacker (CDU/CSU)	11	Stutzer (CDU/CSU)	34, 35
Dr. Hupka (CDU/CSU)	3, 56	Urbaniak (SPD)	101, 102
Kirschner (SPD)	105, 106	Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN)	6
Dr. Klejdzinski (SPD)	90, 91	Weinhofer (SPD)	28, 29
Klose (SPD)	85, 86	Frau Weyel (SPD)	49
Kuhlwein (SPD)	21	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	83, 84
Dr. Lammert (CDU/CSU)	81, 93	Würtz (SPD)	4, 82

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	15

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Erkennt die Bundesregierung an, daß pflanzliche genetische Ressourcen Bestandteil des gemeinsamen Erbes der Menschheit sind, und unterstützt sie deshalb die 1981 von der FAO gefaßte Entschlie-ßung, die eine verbindliche Konvention über den Austausch von pflanzlichen genetischen Ressourcen und die Schaffung eines Systems international kontrollierter Genbanken fordert?
2. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob Tiere in vom Waldsterben besonders betroffenen Gebieten Gesundheitsschäden aufweisen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

3. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Welche Filme über Ostdeutschland und die Ver- treibung der Deutschen aus ihrer Heimat werden vom Bundesministerium für innerdeutsche Bezie- hungen über das gesamtdeutsche Institut zum Ab- ruf angeboten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

4. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Teilt der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Wörner, die pauschale Kritik des Regierungsspre- chers Boenisch am Militärischen Abschirmdienst und dem Verteidigungsministerium?
5. Abgeordnete
Frau
Reetz
(DIE GRÜNEN) Werden von der Bundesregierung Zeitschriften — ins- besondere der Verlagsgruppe Mönch — gefördert, die in englischer und spanischer Sprache für Waffen und Rüstungsmaterialien aus bundesdeutscher Pro- duktion werben, und wie beurteilt die Bundesre- gierung in diesem Zusammenhang exportorientierte Fachmessen wie die Kriegelektronik-Ausstellung MEDE bzw. IDEE, die als EWSEC in Brüssel 1983 stattfand?
6. Abgeordnete
Frau
Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN) Was gedenken der Bundesverteidigungsminister, Dr. Wörner, und der Bundeskanzler, Dr. Kohl, zu tun, um die „schweren Kränkungen“ und den Scha- den an Ehre und Ansehen wieder gutzumachen, der den homosexuellen Bürgern der Bundesrepublik Deutschland durch die regierungsamtliche und öffentliche Behandlung des Falles Kießling/Wörner in den letzten Wochen entstanden sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

7. Abgeordneter
Schreiner
(SPD) Wann wird die Bundesregierung den sechsten Ju- gendbericht „Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland“

veröffentlichen, und warum hat sie dies bisher noch nicht getan, obwohl der Bericht bereits im Dezember 1982 fertiggestellt wurde?

8. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD)
Aus welchen sachlichen und rechtlichen Gründen hält es die Bundesregierung für angebracht und zulässig, dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst durch Anstellungsvertrag die Versorgungsanwartschaft eines „politischen Beamten“ der Besoldungsstufe A 16 zu gewähren, nachdem der Bundespersonalausschuß seine Zustimmung zur Übernahme in das Beamtenverhältnis verweigert hat?
9. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
Sind z. B. für Leber etc. von Wild in Einzelfällen bereits Verkaufs- und Verzehverbote erfolgt?
10. Abgeordnete
Frau Schoppe
(DIE GRÜNEN)
Trifft es zu, daß die „Daten des Gesundheitswesens – Ausgabe 1983 –“, Band 152, der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit in geringerer Anzahl aufgelegt sind als frühere Ausgaben, und steht die Absicht der Bundesregierung dahinter, gesundheitspolitisch interessierten Bürgern aktuelle Informationen schwieriger zugänglich zu machen?
11. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU)
Kann die Bundesregierung Pressemitteilungen bestätigen, wonach in unserem Land Embryonen und Föten kommerziell verwendet werden, und wie beurteilt sie gegebenenfalls diesen Vorgang?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

12. Abgeordneter
Ganz
(St. Wendel)
(CDU/CSU)
Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung dem innerdeutschen Luftverkehr als Impulsgeber für die regionale Wirtschaft zu, und ist sie der Meinung, daß die Deutsche Lufthansa dieser Aufgabenstellung im Saarland gerecht wird?
13. Abgeordneter
Ganz
(St. Wendel)
(CDU/CSU)
Teilt die Bundesregierung die Vermutung, daß der Rückgang der Fluggastzahlen auf den Linien Saarbrücken – Frankfurt/Main und Saarbrücken – Düsseldorf im Einsatz unzulänglichen Fluggeräts (Short SD 330 bzw. Metroliner SWM) zu suchen ist, und wenn ja, wird die Bundesregierung über die Deutsche Lufthansa Einfluß auf die Deutsche Luftverkehrsgesellschaft (DLT) nehmen, diese Unzulänglichkeiten dadurch zu beheben, daß in Zukunft – wie von der DLT in Aussicht gestellt – das moderne Gerät HS 748 eingesetzt wird?
14. Abgeordneter
Dr. Mertens
(Bottrop)
(SPD)
Wann wird die Planung für den Streckenabschnitt der B 224 (später A 52) zwischen der A 42 und der A 2 abgeschlossen?
15. Abgeordneter
Dr. Mertens
(Bottrop)
(SPD)
Wann ist mit der Einleitung des erforderlichen Planfeststellungsverfahrens zu rechnen, und ist die Bundesregierung bereit, diese Teilstrecke in der Dringlichkeit vorzuziehen?

16. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß ein Ost-Berliner Limousinen-Service als Taxiunternehmen Fahrten in den Westteil der Stadt durchführt, und auf Grund welcher Verträge sind diese Personenbeförderungen möglich?
17. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung für West-Berliner Taxiunternehmen, ebenfalls mit west-deutschen und ausländischen Kunden Taxifahrten in den Ostteil Berlins zu unternehmen?
18. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung für Kraftfahrzeuge ein CO-Abgabewert von 4,5 Volumenprozenten mit einem möglichen Zuschlag für Meßtoleranzen von ca. 1 v. H. zugelassen, von den Automobilherstellern für neue Kraftfahrzeuge aber bereits ein Volumenprozent mit einer Toleranzgrenze plus minus 0,5 v. H. erreicht wird?
19. Abgeordneter
Dr. Bugl
(CDU/CSU)
- Gedenkt die Bundesregierung, die offensichtlich überholten und bisher noch zulässigen CO-Abgabewerte in der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung dem tatsächlichen technischen Stand der neuen Kraftfahrzeuge anzupassen?
20. Abgeordneter
Dr. Göhner
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung noch eine Möglichkeit, entsprechend einer früheren Zusage der Autoindustrie diese zu veranlassen, freiwillig die Abgasschadstoffwerte der Autotypen ebenso wie den Kraftstoffverbrauch offenzulegen, und ist die Bundesregierung entgegen ihrer bisherigen Auffassung bereit, anderenfalls eine gesetzliche Verpflichtung der Autohersteller zur Veröffentlichung der Abgasschadstoffwerte zu schaffen, zumal auch nach dem 1. Januar 1986 die im Verkehr befindlichen alten Personenkraftwagen-Typen höchst unterschiedliche Abgasschadstoffwerte aufweisen werden?
21. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Vorstand der Deutschen Bundesbahn beschlossen hat, in diesem Jahr nur 1 705 Auszubildende einzustellen und 2 300 Ausbildungsplätze ungenutzt zu lassen, und ist die Bundesregierung bereit, diese Plätze — etwa im Rahmen eines Sonderprogramms — zu finanzieren und damit das Angebot an Ausbildungsplätzen in den bundeseigenen Unternehmen wenigstens stabil zu halten?
22. Abgeordneter
Drabiniok
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Deutsche Bundesbahn (DB) mit der Entlassung bzw. Nichtübernahme von 2 800 Auszubildenden, die im Laufe dieses Jahres ihre Ausbildung bei der DB abschließen, den Grundsätzen der Politik der Bundesrepublik Deutschland — vor allem der Sozialpolitik — Rechnung trägt?
23. Abgeordneter
Drabiniok
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, über den von der Deutschen Bundesbahn (DB) im Eigenbedarf bereitgestellten 1 705 Ausbildungsplätzen hinaus im Rahmen eines Sonderprogramms auch in diesem Jahr durch die Finanzierung von rund 2 300 Ausbildungsplätzen mit dazu beizutragen, daß die volle Ausbildungskapazität bei der DB ausgeschöpft wird?

24. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß nach internen Überlegungen des DB-Vorstandes Streckenstillegungen vor allem in Bayern und speziell im Grenzrandgebiet, die bisher aus politischen Gründen als tabu galten, durchgeführt werden sollen?
25. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Ist die Bundesregierung damit einverstanden, daß der Bahnvorstand plant, noch mehr Dienststellen, Ämter, Direktionen und zentrale DB-Stellen aufzulösen?
26. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zur Absicht des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn, weitere Bundesbahndirektionen, darunter auch bayerische, aufzulösen?
27. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn auch Einschränkungen in ihrem Sozialzweig, z. B. durch Auflösung der Sozialverwaltung Süd in Rosenheim, plant, und ist die Bundesregierung bereit, dies zu verhindern?
28. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, auf eine prinzipielle Neuordnung der dem Bund und der Bahn zuzuweisenden Verantwortung für Aufgabenerfüllung und Aufgabenfinanzierung hinzuwirken, die z. B. auf der Grundlage einer Trennungsrechnung gesucht werden kann, welche die unterschiedlichen Aufgabencharaktere berücksichtigt, die die Deutsche Bundesbahn zu erfüllen hat mit der Vorhaltung eines bundesweiten Schienennetzes, mit der Erstellung öffentlicher Verkehrsangebote, für die gemeinwirtschaftliche Bindungen Wesensmerkmal sind, und mit der Produktion von Verkehrsleistungen, die bei kostendeckenden Preisen zu rechtefertigen wären?
29. Abgeordneter
Weinhofer
(SPD) Ist es der Bundesregierung möglich, und wenn ja, in welchem zeitlichen Rahmen, Finanzierungsgrundsätze auszuarbeiten, die § 28 Abs. 2 des Bundesbahngesetzes dem Grundgedanken der Trennungsrechnung folgend, die Finanzierung des bundeseigenen Schienenverkehrs sowohl für die Deutsche Bundesbahn, als auch für die Haushaltspolitik berechenbarer machen?
30. Abgeordneter
Amling
(SPD) Durch welche Maßnahmen kommt die Bundesregierung der Forderung des bayerischen Wirtschaftsministers vom 12. Januar 1982 nach, daß die wegen ständiger Fahrplanausdünnungen und weitgehendem Verzicht auf Erhaltungsinvestitionen bei Nebenstrecken massiv gefährdete Flächenbedienung durch die Deutsche Bundesbahn im Personen- und Güterverkehr aufrechterhalten werden muß?
31. Abgeordneter
Amling
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Maßnahmen die Deutsche Bundesbahn im einzelnen anstrebt, um dem Auftrag des Bahnkonzeptes der Bundesregierung vom 23. November 1983 nachzukommen, die notwendigen Einzelmaßnahmen und die Festlegung der Prioritäten grundsätzlich in die Kompetenz des Bahnvorstandes zu legen?

32. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Glaubwürdigkeit ihrer Grundsätze in der Verkehrs- und Umweltpolitik dadurch zu untermauern, daß sie bestimmten Bundesunternehmen wie z. B. der Bundeswehr zwingend vorschreibt, ihre bisher über andere Verkehrsträger abgewickelten Transporte auf die Deutsche Bundesbahn zu verlagern?
33. Abgeordneter
Bamberg
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, unter politisch rechtlichen und finanziellen Gesichtspunkten eine zweckmäßigere Verteilung der Aufgaben von Bund und Ländern im öffentlichen Personennahverkehr zu erreichen, wodurch auch in Frage kommende kommunale Behörden in den Schienenpersonennahverkehr eingebunden werden können?
34. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Welche Fahrplanausdünnung nimmt die Deutsche Bundesbahn (DB) in Schleswig-Holstein ab Sommer 1984 vor, und welche schleswig-holsteinischen Bahnhöfe werden dann von der DB nicht mehr bedient?
35. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Trägt sich die Deutsche Bundesbahn mit dem Gedanken, die Zugverbindung zwischen Rendsburg und Kiel einzustellen, wenn ja, wann ist frühestens mit dieser Einstellung zu rechnen?
36. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Wird die Bundesregierung die bereits im Rahmen internationaler Abkommen wie auf nationaler Ebene eingeleiteten Maßnahmen zur Überwachung des illegalen Reinigens von Öltankern auf hoher See und in der Nordsee zumindest national durch ein zentrales Sündenregister, etwa nach dem Vorbild der Flensburger Kartei, ergänzen, um durch ein solches ergänzendes Überwachungssystem Wiederholungstäter wirksamer ermitteln und wirksamer als bisher zur Verantwortung ziehen zu können, und wann wird die Bundesregierung dieses zentrale Sündenregister (Flensburger Kartei für die Nordsee) einführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

37. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Ist es mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Betriebsführung bei der Deutschen Bundespost (DBP) noch zu verantworten, daß neben einem hervorragend organisierten Bahnpostnetz im Nachtluftpostnetz der DBP von Montag bis Freitag tonnenweise Briefpost befördert wird, obwohl die Kapazitäten der Bahnpost für die Beförderung dieser Briefpost ohne wesentliche Beeinträchtigung der Laufzeiten ausreichen?
38. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Ist es richtig, daß bei einer Verlagerung dieser Briefpost vom Nachtluftpostnetz auf die Bahnpost bis zu 70 Millionen DM jährlich eingespart werden können, und wann beabsichtigt die Deutsche Bundespost, diese Einsparungen zu realisieren?

39. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Hält die Bundesregierung an ihrer Absicht fest, durch eine Verordnung zur Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften dem Vermieter die Möglichkeit zu geben, die Betriebskosten einer Kabelverteilanlage und dementsprechend auch die Grundgebühr auf den Mieter auch dann umzulegen, wenn der bisherige Fernsehempfang ausreichend ist und der Mieter ausdrücklich den Anschluß an die Verkabelung ablehnt, und hält die Bundesregierung es nicht für besser, eine Lösung anzustreben, nach der jeder Mieter — wie bei einem Telefonanschluß — selbst darüber entscheiden kann, ob er sich mit den entsprechenden Anschlußkosten und den Grundgebühren belasten will oder nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

40. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Sind der Bundesregierung Bestrebungen von Gemeinden oder Bundesländern bekannt, auf der Grundlage der Landesbauordnungen oder anderen Rechtsgrundlagen, Antennenverbote zu verhängen oder den Erlaß von Antennenverböten zu erleichtern, um auf diese Weise einen Druck auf den Anschluß an Kabelanlagen auszuüben?
41. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung Äußerungen des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zufolge im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus nur noch Eigentumsmaßnahmen, jedoch nicht mehr den Bau von Mietwohnungen fördern will, „weil der Wohnungsmarkt im wesentlichen ausgeglichen“ sei, und gilt diese Absicht auch für Großstädte mit nach wie vor gesteigertem Wohnungsbedarf, wie z. B. für München?
42. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung demnach das Schreiben des Münchner Oberbürgermeisters an den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (vergleiche SZ vom 25. Januar 1984, S. 17) als Ausdruck einer unbegründeten Sorge an, oder hat dieses Schreiben die Bundesregierung zu einer Revision ihrer Absichten veranlaßt?
43. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Auf welchen Untersuchungen und Informationen beruht die vom Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Jahn genannte Zahl eines durch das derzeitige Baurecht behinderten Investitionsvolumens von 200 Millionen DM?
44. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung angesichts dieser gewaltigen Summe für vertretbar, erst 1986 den Entwurf für ein neues, diese Investitionen erleichterndes Baugesetzbuch, vorzulegen?
45. Abgeordneter
Sauermilch
(DIE GRÜNEN)
- Welche der beiden Äußerungen des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Schneider, geben die Haltung der Bundesregierung wieder — „der öffentliche Mietwohnungsbau kann nicht mehr gefördert werden“ (Süddeutsche Zeitung von 24. Januar 1984) — „Bund, Länder

und Gemeinden dürfen sich aus der Wohnungsbauförderung für Mieter, die die Marktmieten nicht bezahlen können, nicht zurückziehen“ (Interview mit der Süddeutschen Zeitung, SZ vom 20. Januar 1984)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

46. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN) Wie hoch sind die in- und ausländischen Lizenzeinnahmen, die das Kernforschungszentrum Karlsruhe bislang insgesamt aus seinen für das Trenndüsenverfahren laufenden Schutzrechten erzielte?
47. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN) Welche Personal- und Sachmittel erhielt das Kernforschungszentrum Karlsruhe bisher insgesamt im Forschungs- und Entwicklungsetat für das Trenndüsenprojekt, und welche Förderungsmittel wurden bisher insgesamt an den Lizenznehmer STEAG vergeben?
48. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Wieviel Mittel hat die Bundesregierung aus dem Etat des Bundesministers für Forschung und Technologie bisher für vorbereitende Arbeiten für ein Nachfolgeprojekt für den Schnellen Brüter in Kalkar zur Verfügung gestellt, und ist die Bundesregierung bereit, die Kosten für Projektstudien für einen SNR II in vollem Umfang aus Forschungsmitteln zu finanzieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

49. Abgeordnete
Frau
Weyel
(SPD) Ist die Bundesregierung in der Lage dafür zu sorgen, daß zum jetzigen Zeitpunkt ein vollständiges Angebot aller Ausbildungsplätze im öffentlichen Bereich einschließlich Bahn und Post für das Ausbildungsjahr 1984/1985 vorliegt, damit Jugendliche die Möglichkeit haben, sich frühzeitig für die Annahme eines Ausbildungsplatzes zu entscheiden, wie es Frau Bundesminister Dr. Wilms in ihrer Rede am 19. Januar 1984 gefordert hat?
50. Abgeordneter
Seehofer
(CDU/CSU) Trifft die Pressemeldung in der Frankfurter Rundschau vom 23. Januar 1984 zu, wonach der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium die Länder aufgefordert hat, Initiativen zur Errichtung privater Hochschulen zu ergreifen, und wie will die Bundesregierung private Initiativen fördern?
51. Abgeordneter
Seehofer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die beabsichtigte Gründung einer Privatuniversität in Ingolstadt, und durch welche Maßnahmen will sie diese Privatinitiative unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

52. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung militärische Aktionen von SWAPO, angolanischen und kubanischen Militärkräften, die von angolanischem Boden aus auf das Gebiet von Namibia gerichtet sind?

53. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung diese militärischen Aktivitäten für vereinbar mit den Regeln des Völkerrechts?
54. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD) Wie ist der Stand der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Saudi Arabien vereinbarten Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungspolitik, und hat sich die Bundesregierung über diese Vereinbarungen mit den USA, Frankreich, Großbritannien und den Staaten der Nah-Ost-Region konsultiert?
55. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Aus welchen Gründen und mit welchem Ergebnis hat Staatsminister Möllemann Ende November oder Anfang Dezember vergangenen Jahres Saudi Arabien besucht, und warum hat es entgegen den sonstigen Gepflogenheiten darüber keine Verlautbarung durch die Bundesregierung gegeben?
56. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten zur Errichtung von Goethe-Instituten bei selbstverständlicher Gegenseitigkeit in den Staaten des Warschauer Paktes nach dem Vorbild des Goethe-Institutes in Bukarest und des soeben errichteten französischen Institutes in Ost-Berlin?
57. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Wird nach der im Grundsatzartikel im Bulletin vom 6. Dezember 1983 hervorgehobenen Verbindung zwischen Europapolitik und deutscher nationaler Frage die Bundesregierung in der durch Beschluß der Staats- und Regierungschefs entstandenen Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) sich um die laufende gemeinsame Prüfung politischer Maßnahmen bemühen, die auf eine Überwindung der deutschen und europäischen Teilung gerichtet sind, und um Vorbereitung solcher Erwägungen in einer der zahlreichen EPZ-Arbeitsgruppen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

58. Abgeordneter
Duve
(SPD) Kann die Bundesregierung den Bericht des SPIEGEL, Nr. 4/84, Seite 88 ff., über die Gefährdungen durch das allgegenwärtige Dioxin (Weiträumige Kontaminationen der Umwelt, lokal begrenzte Kontaminationen der Umwelt durch Störfälle bei der Produktion und Verwendung sowie durch unsachgemäße Beseitigung) – dargestellt in zwei bislang nicht veröffentlichten Studien des Umweltbundesamtes – bestätigen, und seit wann liegen der Bundesregierung diese Erkenntnisse vor?
59. Abgeordneter
Duve
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, ein bundesweites „Dioxin-Suchprogramm“ mitzutragen, und welche weiteren Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um zu verhindern, daß Dioxin auch weiterhin als Nebenprodukt bei Verbrennungsprozessen entsteht?

60. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung die sogenannte Funktionsgruppenverordnung „Rationalisierungsschutz“ (VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 23. Dezember 1971, Änd. VO vom 20. April 1974 und 9. November 1978), deren Gültigkeit nunmehr auf die Zeit bis zum 31. Dezember 1984 begrenzt ist, zu verlängern?
61. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Personalsituation im Bundeskriminalamt den immer größer werdenden Aufgaben in der Verbrechensbekämpfung gerecht wird, und was gedenkt sie gegebenenfalls zu tun, um das Stellendefizit entsprechend dem Gutachten des Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit in den Behörden von Dezember 1981 zu beseitigen?
62. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Überhang von rund 200 Angestelltenstellen beim Bundeskriminalamt in Dauerstellen umzuwandeln, insbesondere unter der Berücksichtigung, daß es sich bei einem Teil der Angestellten um Spezialisten handelt, die dringend für die Verbrechensbekämpfung benötigt werden?
63. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Warum hat der Bundesbeauftragte für den Datenschutz bisher über die Datenschutzprobleme der Arbeitnehmer bei den Stationierungstreitkräften nicht berichtet, und trifft es zu, daß in diesem Bereich bisher keine Kontrollen des Datenschutzbeauftragten stattgefunden haben?
64. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Treffen Berichte zu, wonach die Stationierungstreitkräfte, insbesondere USAEUR, das Bundesdatenschutzgesetz nur „grundsätzlich“ als Teil der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland anerkennen, aber nicht bereit sind, es im Verhältnis zu den Beschäftigten deutscher Arbeitnehmer und ihren Betriebsvertretungen anzuwenden, und was wird die Bundesregierung tun, um für die gut 100 000 Arbeitnehmer bei den Stationierungstreitkräften keinen datenschutzfreien Raum entstehen zu lassen?
65. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Welche Ergebnisse haben die Bemühungen des Bundesinnenministers, bei Unternehmen mit Bundesbeteiligung beschleunigt die Bestimmungen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung durchzusetzen, bei den VEBA-Kraftwerken-Ruhr ergeben?
66. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung seit meiner mündlichen Anfrage betreffend den Verbleib des Bernsteinzimmers (Drucksache 8/2339, Frage 33) und ihrer Antwort darauf (Plenarprotokoll 8/122, Seite 9539) sowie dem Schreiben des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs von Schoeler vom 16. Mai 1980 an mich unternommen, um den Vorgang aufzuklären, und sind dabei neue Erkenntnisse gewonnen worden?

67. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Gibt es neue Anhaltspunkte dafür, daß sich das Bernsteinzimmer in den verschütteten Schachtanlagen bei Volpriehausen befinden könnte, und ist die Bundesregierung nunmehr bereit, den Hinweisen, daß zumindest Teile des Bernsteinzimmers dort liegen oder liegen könnten, in einer Weise nachzugehen, die eine zweifelsfreie und abschließende Antwort auf diese Frage möglich macht?
68. Abgeordneter
Gilges
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Presseberichte bestätigen, daß Mitglieder der verbotenen neofaschistischen Aktionsfront des Ex-Bundeswehrleutnants Michael Kühnen den Brandanschlag auf das Mannheimer Kino verübten, in dem der Film „Die Erben“ vorgeführt wurde, und wenn ja, welche Konsequenzen wird sie aus diesen Erkenntnissen ziehen?
69. Abgeordneter
Gilges
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in den Ankündigungen weiterer Brandanschläge und Bombendrohungen auf Lichtspieltheater, in denen der Film „Die Erben“ vorgeführt wird, eine Gefahr für das Leben der Kinobesucher?
70. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung die Richtlinien für die Auswahl und Einstellung von Bewerbern für den Polizeivollzugsdienst im Bundesgrenzschutz vom 18. April 1978 zu ändern, damit den Bewerbern nicht mehr gemäß Ziffer 11.2.4 der Richtlinien der Auszug aus dem Beschluß der Bundesregierung vom 19. September 1950 gegen Empfangsbekanntnis ausgehändigt werden muß?
71. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Welchen Stellenwert hat nach Auffassung der Bundesregierung das im Artikel 17 GG festgelegte Grundrecht auf Petitionen für Staatsbürger, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind und von diesem Grundrecht Gebrauch machen, wenn sie beispielsweise Massenpetitionen unterschreiben, die sich gegen regierungsamtliche Politik, wie beispielsweise in der Frage der Raketenstationierung, wenden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

72. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Werbung für Kriegswaffen und Rüstungsgüter Verherrlichung von Gewalt und Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker ist und demnach gesetzlich verboten werden müßte?
73. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen nach Prüfung von über 4 000 Raten-Kreditverträgen festgestellt hat, das 46,3 v. H. als „eindeutig sittenwidrig“ bezeichnet werden müssen und weitere 9,4 v. H. als „eventuell sittenwidrig“, und welche Stellungnahme will die Bundesregierung dazu abgeben?
74. Abgeordneter
Meininghaus
(SPD)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung treffen, um zu verhindern, daß viele Kreditnehmer durch extrem hohe Verzugszinsen, hohe Mahgebühren und Erschwerung einer vorzeitigen Kündigung in finanzielle Nöte, wachsende Verschuldung und sogar in die Obdachlosigkeit getrieben werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

75. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU) In welcher Höhe werden öffentliche Mittel (durch Bund, Länder und Gemeinden) für Zwecke des Umweltschutzes verwendet, und sieht die Bundesregierung weitere Möglichkeiten, umweltschützende Investitionen (durch Unternehmen und privat) in größerem Umfang steuerlich zu begünstigen?
76. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Welche finanzpolitischen Ziele hat sich die Bundesregierung in der Diskussion um die Neuordnung der EG-Finanzen gesetzt, und mit welchen Initiativen oder Reformvorschlägen ist sie auch noch in anderen Bereichen der EG auf ihre EG-Partner oder die EG-Kommission zugegangen?
77. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Glaubt die Bundesregierung, daß ihre aktive Mitwirkung und meßbaren Verhandlungserfolge innerhalb der EG etwa dem finanziellen Anteil entsprechen, den die Eigeneinnahmen der EG der Bundesrepublik Deutschland zurechnen, und wie kann sie gegebenenfalls ihre Auffassung im einzelnen erläutern und für jeden Bürger nachprüfbar darstellen?
78. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit zu einem Abkommen mit der Regierung der DDR über die Verwendung von Kreditkarten und Euro-Schecks von Bundesbürgern in der DDR?
79. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU) Wird die Neufassung des § 37 Abs. 3 Einkommensteuergesetz bereits auf Bauherrenmodelle angewandt, die noch in 1983 geschlossen wurden, deren Bauzeit jedoch über den 1. Januar 1984 hinausgeht, und wird bei diesen Bauvorhaben auch die wirtschaftliche Zuordnung der Werbungskosten entsprechend der tatsächlich erbrachten Leistung beachtet?
80. Abgeordneter
Dr. Göhner
(CDU/CSU) Ist nach Auffassung der Bundesregierung eine Umstellung der Kraftfahrzeugsteuer praktikabel, wonach anstelle der Bemessung nach Hubraum eine Besteuerung nach Autoabgaschadstoffen und Lärm-entfaltung erfolgt, um umweltfreundliche Personenkraftwagen-Typen zu begünstigen?
81. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die von der lateinamerikanischen Wirtschaftskonferenz am 13. Januar 1984 beschlossene „Erklärung von Queto“ für eine konstruktive und praktikable Grundlage der weiteren internationalen Verhandlungen zur Lösung der weltweiten Schuldenkrise?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

82. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Ist dem Bundeswirtschaftsminister eine Marktstudie der deutschen Luftfahrtindustrie über die Absatzchancen für den geplanten Airbus A 320 bekannt, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung die Grundaussagen des Berichts?

83. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Stimmen die Behauptungen des „Bonner-Energie-Report“ Nr. 23/24 vom 31. Dezember 1983, daß im Bundesministerium für Wirtschaft im Zusammenhang mit dem „Kohleverstromungsvertrag“ „Geheimpläne bzw. Denkmodelle“ bestehen, daß nach den NRW-Landtagswahlen 1985 der „Kohleverstromungsvertrag“ aufgekündigt wird, deutsche Steinkohle durch Importkohle ersetzt werden soll und den „Treueschwüren“ der Bundesregierung nicht zu trauen ist?
84. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Steht die Bundesregierung für die Laufzeit des „Jahrhundertvertrages“ uneingeschränkt zu Ziel und Inhalt dieses Vertragswerkes, wird sie alles tun, um die Eckpfeiler Kohleverstromung und Absatz an inländische und EG-Stahlindustrie zu sichern?
85. Abgeordneter
Klose
(SPD) Kann die Bundesregierung ausschließen, daß eine Version des Leo II-Kampfpanzers von Saudi Arabien erworben wird, indem ein Rüstungsunternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland über ein Unternehmen in einem anderen NATO-Land einer Stelle in einem dritten Land Anlagen und Unterlagen zur Herstellung eines Kampfpanzers zur Verfügung stellt, die es möglich machen, diese Kriegswaffe zu produzieren und an Saudi Arabien weiterzuverkaufen?
86. Abgeordneter
Klose
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß mit Hilfe eines Rüstungsunternehmens aus der Bundesrepublik Deutschland durch Bereitstellung von Fertigungsunterlagen und Lieferung von Teilkomponenten einem argentinischen Rüstungsunternehmen die Möglichkeit eröffnet worden ist, den Schützenpanzer TAM zu produzieren und zum Beispiel in den asiatischen Raum zu exportieren?
87. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob zwischen dem Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei aus der Bundesrepublik Deutschland und einem anderen Unternehmen in einem NATO-Land in den vergangenen Monaten die Lieferung von Anlagen und Unterlagen zur Herstellung eines Kampfpanzers vereinbart worden ist?
88. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Wie kontrolliert die Bundesregierung gemäß den politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, daß Anlagen und Unterlagen zur Herstellung von Kriegswaffen über Kooperation mit einem Rüstungsunternehmen in einem anderen NATO-Land nicht in Länder weiterexportiert werden, gegen deren Belieferung mit diesen Kriegswaffen sicherheits- oder außenpolitische Bedenken bestehen?
89. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Vereinbarungen bei dem Besuch des Verteidigungsministers von Ägypten bei dem Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei in München Anfang November vergangenen Jahres getroffen worden sind, und wie kann die Bundesregierung Vereinbarungen über Rüstungskooperation gemäß den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung über den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ kontrollieren?

90. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Meldungen des „Wehrdienst“ vom 9. und 23. Januar 1984, daß das Unternehmen Krauss-Maffei beabsichtige, zusammen mit einem Rüstungsunternehmen aus einem NATO-Land, an die ägyptische Regierung Prototypen, Bausätze, Konstruktionsunterlagen und Fertigungsanlagen für die Produktion einer Version des Kampfpanzers Leo II zu liefern?
91. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Ist die Verwirklichung einer solchen Absicht durch das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Außenwirtschaftsgesetz und die politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen oder sonstigen Rüstungsgütern ausgeschlossen?
92. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderungen der polnischen Regierung, Umschuldungsverhandlungen über die unbezahlten Zinsen und Tilgungen der Jahre 1982 und 1983 für Hermes-verbürgte Kredite mit der Gewährung neuer Kredite direkt oder über den Internationalen Währungsfonds zu verbinden, und wie beurteilt sie diese Forderungen unter dem Gesichtspunkt des Bundestagsbeschlusses vom 18. Dezember 1981?
93. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Folgen der Verfügung des Bundeskartellamtes, nach der die Fortführung des Mineralölunternehmens Aral als verbotenes Kartell untersagt wird, vor allem unter den Gesichtspunkten der künftigen Versorgungsmöglichkeiten der Benzinverbraucher und der zu erwartenden Preiseffekte?
94. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß durch die zweite Verordnung zur Änderung der niedersächsischen Verordnung über Feldes- und Förderabgaben vom 23. Dezember 1983 erneut die effektive Förderabgabe auf inländisches Öl und Gas faktisch um 50 Millionen DM reduziert worden ist, wenn sich dies mit der Energiepolitik der Bundesregierung nicht vereinbaren läßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

95. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung ihre Beantwortung meiner Frage 59 (Drucksache 10/600) auf dem Hintergrund der Forschungserkenntnisse von Prof. Dr. Henscheler, dem Vorsitzenden der Arbeitsstoff-Kommission, nach denen Methylvinylketon in die Bearbeitung der MAK-Wert-Liste aufgenommen wurde wegen seines höchstwahrscheinlichen Krebsrisikos?
96. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Meinung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, daß die ärztliche Überwachung von Beschäftigten, die mit krebserzeugenden Arbeitsstoffen umgehen, intensiviert werden muß, um ursächliche Zusammenhänge zwischen Stoffwirkungen und Krebserkrankungen bestätigen oder ausschließen zu können, und wenn ja, was gedenkt sie zu tun?

97. Abgeordneter
Dr. Schmude
(SPD)
- Aus welchen Gründen hält es die Bundesregierung für angebracht und für rechtlich zulässig, dem Leiter des Ministerbüros im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in einem Anstellungsvertrag entsprechend der Besoldungsstufe A 16 die Bezahlung nach einer Dienstaltersstufe zu gewähren, die mehr als fünf Jahre über seinem Lebensalter liegt?
98. Abgeordnete
Frau Schoppe
(DIE GRÜNEN)
- Auf welche arbeitsmedizinischen Gutachten stützt sich die Bundesregierung bei Initiativen zur Änderung des Jugendarbeitsschutzes?
99. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Welche finanziellen Belastungen muß ein Arbeitnehmer mit durchschnittlichem Monatsverdienst tragen, dessen Krankengeld nach dem 1. Januar 1984 sozialversicherungspflichtig geworden ist?
100. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung bei langer Krankheit eines Arbeitnehmers eine Härteregelung vor, um die durch die Sozialversicherungspflicht des Krankengeldes hervorgerufenen finanziellen Einbußen zu mindern?
101. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- An welchen Orten und mit welcher jeweiligen Zielsetzung führt die Bundesregierung Modellversuche zur Erhöhung der Leistungs- und Kostentransparenz in der gesetzlichen Krankenversicherung im Rahmen des Aktionsprogramms Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit durch?
102. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- In welchem Umfang und zwischen welchen Einrichtungen werden bei diesen Modellversuchen gesundheitsbezogene persönliche Daten von Patienten ausgetauscht, die bereits erhoben waren?
103. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Trifft es zu — wie die Westfälische Rundschau am 24. Januar 1984 berichtet hat —, daß der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung einen Modellversuch zur Kostenkontrolle im Gesundheitswesen in Dortmund fördern will, der von der Kassenärztlichen Vereinigung, den Krankenkassen und Apotheken durchgeführt werden soll und bei dem Patienten mit häufigem Verbrauch bestimmter Arzneimittel festgestellt werden sollen, und wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage geschieht dies?
104. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung — falls sie den Dortmunder Modellversuch fördern will — zu der Kritik des hessischen Datenschutzbeauftragten zu ähnlichen Vorhaben in Hessen, daß dabei per Computer eine „Normung“ der Kosten pro Patient eingeführt werden soll, das eigentliche Ziel, die Gesundung eines individuellen, nicht normierbaren Menschen verlorengelasse und das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Volkszählungsgesetz dem Dortmunder Modellversuch entgegenstehe?
105. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie hat die Bundesregierung sichergestellt, daß bei den Modellversuchen zur Erhöhung der Leistungs- und Kostentransparenz in der gesetzlichen Krankenversicherung der Datenschutz gewährleistet ist, hat

sie insbesondere bei der Konzipierung der Modellversuche den Bundesdatenschutzbeauftragten bzw. die Datenschutzbeauftragten der Länder zu Rate gezogen?

106. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung für ihren Verantwortungsbereich aus der Auffassung des hessischen Datenschutzbeauftragten, Prof. Dr. Simitis, der hinsichtlich der Modellversuche von der Gefahr einer Normung spricht, bei der „das eigentliche Ziel der Krankenbehandlung, die Hilfe zur Gesundung eines individuell geprägten und nicht normierbaren Menschen“, aus den Augen verloren werde?
107. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Auf welche rechtlichen Grundlagen stützt die Bundesregierung die Modellversuche zur Erhöhung der Leistungs- und Kostentransparenz in der Krankenversicherung?
108. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Kann die Bundesregierung es ausschließen, daß mit den Modellversuchen Krankheits- bzw. Gesundheitsprofile von Patienten erstellt werden, die Auskunft über Art und Häufigkeit von Erkrankungen, Arzneimittelverordnungen und sonstige Krankenversicherungsleistungen geben, und hält die Bundesregierung solche Profile rechtlich für zulässig?
109. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) In welchen Staaten der EG wurden wöchentliche Arbeitszeitverkürzungen auf unter 40 Stunden vorgenommen, und wie wirkten sich diese in Prozenten und Zahlen auf die Arbeitslosigkeit aus?
110. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Unter welchen Gegebenheiten, z. B. voller Lohnausgleich, wurden solche Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen?

Bonn, den 3. Februar 1984

